

Sozialstrukturelle Ursachen für Wechselwahl: Warum wechseln WählerInnen von der SPD zur AfD?

Görtz, Antonia

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Görtz, A. (2020). *Sozialstrukturelle Ursachen für Wechselwahl: Warum wechseln WählerInnen von der SPD zur AfD?*.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69483-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Sozialstrukturelle Ursachen für Wechselwahl: Warum wechseln WählerInnen von der SPD zur AfD?

Antonia Görtz (RWTH Aachen, Institut für Soziologie)

Inhalt

Tabellenverzeichnis	3
1. Einleitung.....	4
2. Die Bundestagswahlen 2013 und 2017	4
3. Die Cleavage-Theorie.....	6
3.1 Ursprung der Cleavage-Theorie.....	6
3.2 Die traditionellen Cleavages.....	7
3.3 Modernisierung der Cleavages	9
4. Milieu- und handlungstheoretische Ansätze.....	11
4.1 Überblick über aktuelle Ansätze	11
4.2 Soziale Milieus	12
4.3 Ökonomische Theorie der Demokratie	14
6. Daten und Methode	20
6.1 Variablen.....	20
6.2 Die binäre logistische Regression.....	22
6.3 Methodische Einschränkungen	23
7. Empirische Befunde	23
7.1 Deskriptive Statistik	23
7.2 Hypothesentests	26
8. Diskussion und Ausblick.....	27
Literatur	29
Anhang.....	

Zusammenfassung:

Dieses Paper untersucht mögliche strukturelle Gründe für die Wechselwahl von der SPD zur AfD bei der Bundestagswahl 2017. Unter Berücksichtigung der Veränderung von Spannungslinien sowie der sozialen Milieus werden Hypothesen aufgestellt, die Erklärungsansätze für die Wechselwahl zur AfD postulieren. Grundlage hierfür bieten die Daten des Längsschnittpanels der GESIS von 2013 und 2017. Die Befunde zeigen, dass vermehrt kulturelle Gründe, wie die persönliche Einstellung, Zuzug von Einwanderern einschränken zu wollen, die Wechselwahl zur AfD positiv beeinflusst. Außerdem zeigt das Alter einen leicht positiven Einfluss auf die Wechselwahl zur AfD. Eine nähere Untersuchung weiterer möglicher kultureller sowie ökonomischer Gründe zur Wechselwahl sollte das Ziel künftiger Forschungen sein.

Schlagworte: Wechselwahl, Sozialstruktur, Milieus, cleavages

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Deskriptive Statistik	24
Tabelle 2: Einflüsse auf die AfD-Wahl; Logistische Regression (Odds Ratios)	26
Tabelle 3: Hypothesentests	27
Tabelle 4: Absolute Häufigkeiten: Zuzug von Ausländern einschränken	33
Tabelle 5: Absolute Häufigkeiten: Subjektive Angst vor Stellenverlust	34
Tabelle 6: Absolute Häufigkeiten: Erwerbsstatus	34

1. Einleitung¹

„Die neue Arbeiterpartei Deutschlands ist die AfD“ – so lautet ein Statement von Sigmar Gabriel², das in öffentlichen Debatten polarisiert. Lange Zeit galt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) als Partei für die Interessensvertretung der Arbeiterklasse und hat sich so im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft gefestigt. Im Zuge der aufkommenden Individualisierung und Globalisierung haben sich allerdings gesellschaftliche und sozialstrukturelle Begebenheiten verändert (Beck 1986). Ebenfalls haben durch das Aufkommen neuer Parteien wie dem Bündnis 90/Die Grünen oder der Alternative für Deutschland (AfD) Veränderungen innerhalb der Parteienlandschaft stattgefunden. Ehemalige „Volksparteien“ wie die SPD verlieren zunehmend an Stimmen. Betrachtet man die Entwicklung der Zweitstimmanteile der SPD im Zeitverlauf seit 1998, so ist ein deutlicher Rückgang zu erkennen (Bundestag 2019), vermeintliche Randparteien wie die rechtspopulistische AfD generieren hingegen zunehmend Wählerstimmen (Bundeswahlleiter 2017). Bezüglich der Veränderung des Wahlverhaltens soll in dieser Studie primär das wechselnde Wahlverhalten betrachtet werden. Dabei rückt besonders die Wechselwahl von der etablierten SPD zur neu aufgekommenen AfD in den Vordergrund. Es wird untersucht, welche strukturellen Veränderungen mögliche Gründe für die Wechselwahl von der SPD zur AfD sein können.

Zur Beantwortung dieser Frage wird zunächst ein kurzer Blick auf die vergangene Bundestagswahl 2017 in Hinblick auf die Wahlergebnisse geworfen sowie geklärt, weshalb gerade die Wanderung der Wähler zwischen den ausgewählten Parteien von besonderer Relevanz ist. Im folgenden Schritt wird eine theoretische Grundlage anhand der Cleavage-Theorie geschaffen. Mit weiteren theoretischen Ansätzen wie dem Modell der sozialen Milieus und dem handlungstheoretischen Aspekt der ökonomischen Theorie der Demokratie nach Downs wird die theoretische Basis vervollständigt. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die Konzeptualisierung des Erklärungsmodells. Nach der Formulierung von Hypothesen wird die Wählerwanderung von der SPD zur AfD anhand der Daten zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 untersucht.

2. Die Bundestagswahlen 2013 und 2017

Innerhalb dieses Kapitels werden die Wahlergebnisse der Bundestagswahl am 24. September 2017 dargestellt und gezeigt, inwiefern sich die Parteienlandschaft vergleichend zur Bundestagswahl 2013 verändert hat. Dazu liegt der Fokus auf der Frage, weshalb gerade die Wählerwanderung von der SPD zur AfD in dieser Arbeit einen besonderen Stellenwert einnimmt.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 weisen auf eine deutliche Verschiebung der Parteienlandschaft hin. Mit einem Stimmverlust von 7,4% bei der CDU und 5,2% bei der SPD gegenüber der Bundestagswahl 2013, haben die ehemaligen „Volksparteien“ eine beträchtliche Anzahl an Zweitstimmen verloren (Der Bundeswahlleiter 2017). Die Grünen erzielten mit

¹ Dieses Paper ist eine redaktionell überarbeitete Version meiner Bachelorarbeit.

² Das Zitat stammt aus einer Rede, die er Ende des Jahres 2019 in Hamburg hielt.

8,9% Stimmanteil nur 0,5% mehr als in der vorherigen Wahl. Deutliche Gewinner waren hingegen die FDP sowie die AfD. Die FDP kehrte mit einem Gewinn von 6,0% Stimmanteilen in den Bundestag zurück, während die AfD gegenüber der vorherigen Bundestagswahl mit insgesamt 12,6% einen Anstieg von 7,9% der Zweitstimmenanteile erzielen konnte (Der Bundeswahlleiter 2017). Demzufolge verzeichnet die AfD nicht nur den höchsten Gewinn an hinzugekommenen Wählerstimmen, sondern zog damit erstmals in den Bundestag ein. Das Erstarken der rechtspopulistischen Partei AfD bietet demnach Grundlage für weitere Untersuchungen, da diese Partei vergleichend zur SPD eine jüngere Geschichte aufweist und demnach großes Forschungspotenzial bietet.

Betrachtet man hingegen den Gesamtstimmanteil der SPD von 20,5%, ist dieser das niedrigste Wahlergebnis der Partei seit 1949. Im Kontext der vergangenen Bundestagswahlen wird ebenfalls deutlich, dass die SPD seit 1998 tendenziell an Wählerstimmen verliert (Deutscher Bundestag 2019). In Hinblick auf die Wählerwanderung zwischen den Bundestagswahlen von 2013 und 2017 wird besonders die wachsende Relevanz der AfD erkennbar: So verliert die SPD 2017 mit rund 470.000 Wählern die meisten Stimmen an die AfD (Infratest Dimap 2017). Ebenfalls stark ausgeprägt ist die Wählerwanderung zur FDP, den Linken sowie den Grünen. Lediglich innerhalb der Nichtwählerschaft konnte die SPD-Wählerstimmen generieren (Infratest Dimap 2017). Daran lässt sich nicht nur die Relevanz der AfD für den Verlust an Stimmanteilen der SPD erkennen, sondern ebenfalls die Veränderung der Positionen beider Parteien innerhalb des Parteienspektrums. Hieran zeigt sich zum einen eine abnehmenden Bindungskraft der Sozialdemokraten an das Arbeiterklientel (Pappi/Brandenburg 2010) zum anderen die sozialstrukturelle Überschneidung des Wählerklientels von SPD und AfD aufmerksam gemacht. Dieser Aspekt wurde bislang kaum untersucht³ und ist daher hier von besonderem Interesse.

Zudem habe sich die AfD laut Klein et. al. seit ihrer kurzen Bestehenszeit bereits deutlich verändert. So war sie zunächst eher wirtschaftsliberal orientiert, entwickelt sich dann aber zu einer rechtskonservativen, bzw. rechtspopulistischen Partei (Klein et. al 2018: 392). Die AfD zeigt damit eine programmatische Anpassungsfähigkeit, die in Anbetracht rasanter gesellschaftlicher Entwicklungen wie beispielsweise der Globalisierung (Blossfeld et. al. 2005; Kreyenfeld et. al 2012) und Arbeitsmarktflexibilisierung (Giesecke/Groß 2003) von Vorteil im Wettbewerb um Wählerstimmen ist. Angesichts des jungen Bestehens der Partei ist zu vermuten, dass sie noch keine klare Wählerschaft verzeichnen kann (Haußner, 2017: 5), wodurch die Mobilisierung von Wählern aus verschiedenen Milieus für sie möglich und erforderlich ist. Demgegenüber wird die SPD klassischerweise mit einem bestimmten Wählerklientel, den Arbeitern, assoziiert.

³ Lediglich Wurthmann et al. untersuchten in einer aktuellen Studie ebenfalls das Wahlverhalten der AfD bzw. die Wechselwahl von ehemaligen Volksparteien wie der CDU und SPD zur AfD. Die Ergebnisse der Studie lassen die Wechselwahl vermehrt auf politische Bedenken, wie beispielsweise Immigration zurückführen, weniger auf demografische Ursachen (Wurthmann et al. 2020).

Es lässt sich also feststellen, dass mit der Bundestagswahl 2017 eine deutliche Veränderung in der Parteienlandschaft im Vergleich zum Jahr 2013 stattgefunden hat. So hat die SPD im Jahre 2017 nicht nur ihr schwächstes Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielt. Zudem wechselte ein Großteil der von der SPD abgewanderten Wählern zur AfD. Der Frage, warum die AfD für Teile der SPD-Wählerschaft zu einer wählbaren Alternative wird, soll im folgenden Abschnitt auf Basis jüngerer Überlegungen zur Cleavage-Theorie, nachgegangen werden.

3. Die Cleavage-Theorie

Das makrosoziologische Modell der Cleavages geht auf die Soziologen Lipset und Rokkan zurück, welches sie 1967 in ihrem Werk „Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives“ erstmals erläutern (Lipset/Rokkan, 1967). Der Begriff „Cleavages“ bezeichnet einen dauerhaften politischen Konflikt, „der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“ (Pappi 2015: 82). Anfänglich fungierte das Cleavage-Modell nach Lipset und Rokkan als Ansatz zur Erklärung für die Herausbildung von Parteiensystemen, bietet allerdings in der Soziologie ebenfalls eine Grundlage für die empirische Analyse von Wahlverhalten (Thaidigsmann 2004: 7).

Laut Rokkan und Lipset haben sich im Zuge der Industrialisierung und der Entstehung der modernen Nationalstaaten Spannungslinien herausgebildet, die als Verbindungen von Parteien zu bestimmten Bevölkerungsgruppen fungieren (vgl. Gabriel/Westle 2012: 49). Innerhalb des nächsten Abschnittes werden der Ursprung sowie die Herausbildung dieser traditionellen Spannungslinien näher betrachtet. Im Anschluss daran werden neue Herausbildungen der Konfliktlinien

3.1 Ursprung der Cleavage-Theorie

Grundlage für die Überlegungen zu den sozialen Konfliktlinien von Lipset und Rokkan bildet zunächst das AGIL-Schema nach Parsons (Parsons 1972). Die ursprünglich in der Handlungstheorie entwickelten vier Funktionen zum Bestehen eines Systems ordnet Parsons bestimmten Subsystemen unter. Das erste Subsystem bildet das Verhaltenssystem mit adaptiver Funktion (Adaption), während das persönliche System die Verfolgung von Zielen anstrebt (Goal Attainment). Die Funktion des sozialen Systems bildet die Integration (Integration) und die des kulturellen Systems die Aufrechterhaltung von Werten und Strukturen (Latency) (Lipset/Rokkan 1967: 4ff). Anders als Parsons beschäftigen sich Lipset und Rokkan nicht mit allen möglichen Wechselwirkungen zwischen den Subsystemen, sondern lediglich mit dem Austausch, der zur Parteienbildung notwendig ist. Die Interaktion zwischen sozialem (I) und persönlichem System (G) ist insofern von Interesse, als dass diese laut der Autoren die Herausbildung von Parteiensystemen unterstützen. Ebenso sind innerhalb des Austausches zwischen sozialem System (I) und Kultur (L) nur die Aspekte für die Theorie notwendig, die eindeutige Verbindungen zwischen Mitgliedschaft, Identifikation und Bereitschaft zur Mobilisierung für Parteien herstellen lassen. In der Interaktion zwischen Kultur (L) und persönlichem System (G)

ist besonders das relevant, was sich in Form von Wahlen bzw. allgemein formaler Repräsentation zeigt (Lipset/Rokkan 1967: 8).

Anhand dieser Ausführungen wird erkennbar, dass Lipset und Rokkan sich zwar auf das alte Parsonssche Schema berufen. Allerdings erweitern sie es strukturell, so dass es auf eine Erklärung der Entstehung und Etablierung von Parteien anwendbar ist. Zunächst wird die interne Struktur des sozialen Systems darauf hin betrachtet, welche zentralen Spannungslinien sich bereits in früheren Phasen der Entwicklung westlicher Gesellschaften herausgebildet haben und welche in späteren Phasen der Zentralisation und des wirtschaftlichen Wachstums entstanden sind (Lipset/Rokkan 1967: 8). Um den Prozess der Parteienbildung nachzeichnen zu können, soll daher der Frage nachgegangen werden, wie die Cleavages politischen Ausdruck gefunden haben. Aus der Konsequenz daraus werden dann die sozialen und kulturellen Umstände, aus denen sich Parteien gebildet haben, in Bezug zu Wahlen gesetzt. Es soll untersucht werden, inwiefern die Cleavages die sozialen Strukturen der Gesellschaft wiedergeben (Lipset/Rokkan 1967: 8f.).

3.2 Die traditionellen Cleavages

Zwecks Veranschaulichung sozialer Cleavages ordnen Lipset und Rokkan die Spannungslinien als sich überschneidende Diagonalen an. Die Achse zwischen L und G, also Zentrum vs. Peripherie bildet die territoriale Dimension, während die Achse zwischen A und I die funktionale Dimension darstellt (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 9f.). Dabei bildet das L-Ende der territorialen Achse die sprachlichen Minderheiten ab, die sich durch die Bildung eines Nationalstaats und dazugehörige Zentralisierung kulturell bedroht fühlen. Dem gegenüber steht auf dem anderen Ende der Achse das Zentrum, das nicht den Kampf gegen Zentralisierung anstrebt, sondern vielmehr die Macht, Organisation und Kontrolle über das System (Lipset/Rokkan, 1967:10). Dies ist vergleichbar mit dem Kampf um die Vormachtstellung zwischen konkurrierenden Parteien im Parteiensystem. Die Zentrum-Peripherie Achse wird dabei von der A-I Achse geschnitten, das bedeutet, dass innerhalb eines Systems Allianzen zwischen Personen mit gleichen Orientierungen oder aus gleichen gesellschaftlichen Situationen bzw. Milieus geschlossen werden können. Diese sind unabhängig von territorialen Begebenheiten (Lipset/Rokkan 1967: 10). Das A-Ende der funktionalen Achse umfasst den lang- oder kurzfristigen Konflikt um die Aufteilung von Ressourcen, Produkten und wirtschaftlichen Vorteilen, z.B. zwischen Produzenten und Käufern. Dieser Konflikt ist allerdings durch rationales Verhandeln und durch die Einführung von Regeln zur Ressourcenverteilung lösbar (Lipset/Rokkan 1967: 10f.). Je mehr man sich auf der Achse allerdings Richtung I bewegt, desto diffuser werden diese Kriterien zur Einigung, da eine besondere Identifikation zur „We-Group“ (Lipset/Rokkan, 1967: 11) entsteht, die eine Ablehnung der anderen und geringere Kompromissbereitschaft hervorruft. Dieses Ende der Achse bildet der Theorie zufolge einen Freund-Feind-Gegensatz, der weniger von Besitz geprägt ist, sondern vielmehr von moralischen Überzeugungen und individuellen Interpretationen (Lipset/Rokkan 1967: 11). Anhand dieser Dimensionen haben sich die historischen Cleavages herausgebildet, die allerdings nicht nur anhand

von zwei Polen verlaufen, sondern ineinander diffundieren. Diese Struktur bietet ein Muster zum Zwecke einer vergleichenden Analyse politischer Systeme, um herauszufinden, welche sozialen Gruppen zu einer bestimmten Zeit hinter einer bestimmten Partei stehen (Lipset/Rokkan 1967: 11).

Entscheidend für die Herausbildung der Cleavages sind dabei zwei Revolutionen: die Nationale und die Industrielle. Unter der Nationalen Revolution verstehen Lipset und Rokkan die Entwicklung einzelner Staaten zum Nationalstaat, wie es bereits anhand der L-Achse deutlich wird. Mit dem Aufkommen der Nationalstaatsidee entsteht allerdings nicht nur eine Art soziale Mobilisierung (Lipset/Rokkan 1967: 13), sondern ebenfalls ein kompetitiver Charakter zwischen Kirche und Staat um Machtanspruch und Säkularisierung. Im Zuge der Industriellen Revolution haben sich neben aufkommender Ökonomisierung und Zentralisierung ebenfalls eine Vielzahl von Gegensätzen herausgebildet, unter anderem zwischen Handwerkern und industriellen Unternehmern. Diese Differenzierungen verschiedener sozialstruktureller Gruppen innerhalb nationaler und industrieller Revolution zeichnen sich anhand vier Konfliktlinien ab (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 13f.):

1. Zentrum vs. Peripherie

Innerhalb dieser Spannungslinie tritt der Konflikt zwischen der zentralisierten Nationalstaatsidee und den Minderheiten auf, die sich sprachlich und kulturell einer Bedrohung ausgesetzt sehen (Lipset/Rokkan 1967: 14.).

2. Kirche vs. Staat

Dieser Cleavage entsteht ebenfalls als Folge der nationalen Revolution und wird durch den Anspruch auf Macht und Prestige des neuen Nationalstaates und der etablierten Kirche charakterisiert. Besonders von Interesse ist dabei die Kontrolle über das Bildungssystem (Lipset/Rokkan 1967: 14f.).

3. Stadt vs. Land

Aus der Industriellen Revolution hervorgegangen, beschreibt dieser Cleavage den Konflikt zwischen den Interessen der ländlichen Gesellschaft und denen der aufsteigenden industriellen Unternehmer (Lipset/Rokkan 1967: 14).

4. Arbeit vs. Kapital

Die letzte Spannungslinie, die ebenfalls ihren Ursprung in der industriellen Revolution findet, zeichnet den Konflikt mit der vermögenden Arbeitgeberschaft auf der einen und den Arbeitern auf der anderen Seite ab (Lipset/Rokkan 1967: 14).

Mithilfe der Cleavages lassen sich diverse soziale Konflikte innerhalb Europas⁴ verorten, die bestimmte Gruppen der Bevölkerung nach sozialstrukturellen Merkmalen gliedern (Lipset/Rokkan 1967: 14ff). Um allerdings ihren politischen Ausdruck innerhalb von Parteien zu finden, müssen die Cleavages in das Parteiensystem transformiert bzw. übersetzt werden. Dazu müssen laut Lipset und Rokkan vier Schwellen im gesellschaftlichen, politischen Entwicklungsprozess überschritten werden, die einen Anspruch an das politische System

⁴ Hierunter fallen beispielsweise Verstaatlichung oder der Umgang mit Immigration in Europa.

erheben: Die *Schwelle der Legitimation* besagt, dass das Recht der Bürger auf Petition, Kritik und Opposition gegen das politische System gewährleistet werden muss. Als nächstes nennen Lipset und Rokkan die *Schwelle der Inkorporation*. Diese besagt, dass allen Bürgern dieselben Rechte in der Auswahl der Repräsentanten zukommen sollen, gleich welcher Partei sie angehören. Die *Schwelle der Repräsentation* behandelt die Frage danach, ob sich neue Bürgerbewegungen alten Parteien anschließen oder ob sie eigenständig genug Repräsentativität und Zugang zum Parlament erlangen können. Die letzte Schwelle ist die „*Mehrheitsmacht*“ (majority power). Diese besagt, dass die Partei, die durch eine Mehrheit ins Parlament einziehen konnte, bestimmte Gegenkräfte überwinden muss, um ihre Anliegen durchsetzen zu können (Lipset/Rokkan 1967: 27).

Bei Überwindung dieser Schwellen schließen sich folglich Bürger derselben Interessensgruppen mit ähnlichen Weltanschauungen, Glauben und sozialer Schicht zusammen, wodurch sich die heutigen Parteien entwickelt haben (vgl. Falter/Schoen, 2005: 147). Anhand dieser selbst gewählten Zuordnungen, entstehen Interessensgruppen, die demnach bei einer Wahl für ihre Partei (Falter/Schoen 2005: 147) stimmen. Dies führt zu einer Wahlentscheidung gemäß den sozialstrukturellen Eigenschaften einer Gesellschaft.

3.3 Modernisierung der Cleavages

Da nun die Entstehung sowie Etablierung der Cleavages für das Wahlverhalten dargelegt wurden, soll im nächsten Schritt untersucht werden, inwiefern diese Cleavages heute noch bestehen. Die von Thaidigsmann erwähnte voranschreitende Überlagerung der beiden Konfliktlinien Arbeit vs. Kapital und Kirche vs. Staat hat zur Folge, dass sich daraus ein Gegensatz zwischen konservativem und progressivem Spektrum entwickelt. Innerhalb dessen stehen säkularisierte Arbeitnehmer den religiös geprägten Arbeitgebern gegenüber (Thaidigsmann, 2004: 8). Die progressive Seite verkörpern die modernisierten Kosmopoliten, die globalisierte Wertvorstellungen teilen, während auf der rechten Seite konservative Nationalisten mit der Tendenz zur Ablehnung von Multikulturalität stehen (vgl. Pickel 2009: 479). Die im Zuge der europäischen Integration entstandene Konfliktlinie zwischen Nationalisten und Kosmopoliten geht folglich über den historischen Cleavage zwischen Zentrum und Peripherie (vgl. Bornschier 2009: 4) hinaus, da der Nationalstaatsgedanke um die europäische Idee ergänzt wird. Entscheidend dabei ist dabei besonders das Wiederkehren von Nationalisierungsgedanken im Zuge der Globalisierung. Dies bedeutet, dass die alte Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie zwar aufgelockert, im Zuge der intensivierten Globalisierung allerdings die Nationalstaatsidee erneut aufkommt. Wählern der AfD lassen sich eher den konservativen Nationalisten zuordnen, während Wählern der SPD oder der Linken eher kosmopolitische Werte teilen.

Quer zu der Kosmopolitismus-Nationalismus-Achse verläuft die aufkommende Konfliktlinie zwischen postmaterialistischen bzw. materialistischen Wertvorstellungen (Thaidigsmann 2004: 8f.). Diese stellt das Streben nach Werten wie Freiheit, Selbstentfaltung und Lebensqualität (Falter/Schoen 2005: 651) den materialistischen Werten gegenüber. Nach Thaidigsmann wird

die postmaterielle Achse dieser Konfliktlinie besonders durch die Grünen repräsentiert (Thaidismann 2004: 9). Der zuvor erwähnte leicht gestiegene Stimmanteil der Grünen innerhalb der letzten Bundestagswahlen könnte demnach durch voranschreitende Modernisierungs- und Individualisierungsideen erklärt werden.

Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen Marktliberalen und Staatsbefürwortern, die Korte als Modernisierung der Spannungslinie zwischen Arbeit und Kapital identifiziert (Korte 2013: 108). Diese Konfliktlinie läuft entlang der Frage, ob die Wirtschaft vom Markt selbst oder staatlich reguliert werden soll. Während CDU und FDP als marktliberale Parteien gelten, befürworten die Linke und SPD beispielsweise die Regulierung durch den Staat. Eng verbunden mit wirtschaftlichen Motiven verläuft der Konflikt zwischen Modernisierungsverlierern und „Modernisierungsgewinnern“. Angelehnt an neuere empirische Untersuchungen zu Wahlmotiven zugunsten der AfD, resultiert dieser Konflikt aus gegenwärtigen ökonomischen Globalisierungs- und Flexibilisierungsprozessen, der für bestimmte Bevölkerungsgruppen mit erhöhten Erwerbsunsicherheiten und subjektiven Wohlstandsverlusten einhergeht (Lengfeld 2017: 211). Der Teil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen steht dabei denen gegenüber, die diese Verluste nicht oder kaum erlitten haben. Wählern, die sich selbst eher als Modernisierungsverlierer wahrnehmen, tendieren laut Lengfeld eher dazu, die AfD zu wählen. Nach Lengfeld sei unter der aufkommenden wirtschaftlichen Modernisierung der vergangenen Jahre nicht nur die Arbeitslosigkeit, besonders bei Arbeitern, gestiegen. Vielmehr sind im Laufe der vergangenen Jahre größere Einkommensungleichheiten innerhalb der Erwerbsbevölkerung entstanden, so dass zu den „Modernisierungsverlierern“ nicht mehr nur Menschen mit geringeren Chancen auf eine stabile Arbeitsmarktintegration, sondern auch Geringverdiener zählen (Lengfeld 2017: 213). Basierend auf diesen Erkenntnissen, bezieht sich der Ansatz der Modernisierungsverlierer dementsprechend vermehrt auf ArbeiterInnen und Menschen mit geringerem Einkommen und Bildungsstand. Als „Arbeiterpartei“ vertrat die SPD demnach lange Zeit die Interessen dieser sozialstrukturellen Gruppen. Aufkommende Arbeitsmarkt und Statusunsicherheiten, wie Lengfeld (2017) sie beschreibt, könnten demnach dazu führen, dass sich diese Modernisierungsverlierer von der SPD abwenden. Besonders die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch drohende Prekarisierung könnte die Wahlentscheidung zur AfD durch ein erhöhtes Sicherheitsversprechen positiv beeinflussen. Darauf wird im Nachfolgenden noch weiter eingegangen.

Zur Behandlung der Frage nach den Ursachen der Wechselwahl von der SPD zur rechtspopulistischen Partei AfD sind besonders zwei Modernisierungen der Konfliktlinien von Interesse: Zum einen die durch Wertvorstellungen geprägte Konfliktlinie zwischen konservativen Nationalisten, zu denen eher die Wählern der AfD zuzuordnen sind, und den progressiven Kosmopoliten, die in Teilen die Wählerschaft der SPD verkörpern. Zum anderen soll die ökonomische Perspektive betrachtet werden, in die besonders der aufkommende Konflikt zwischen Modernisierungsverlierern und -gewinnern, der sich insbesondere in Form von Prekarität und Erwerbsstatus äußert.

4. Milieu- und handlungstheoretische Ansätze

Aufgrund der Tatsache, dass sich Wahlverhalten und Wählerwanderung nicht anhand einer Theorie erklären lassen, sondern diverse Faktoren dazu beitragen können, werden in diesem Schritt zunächst die gängigen Erklärungsansätze in diesem Feld dargestellt (Abschnitt 4.1). Anschließend werden sozialstrukturelle Milieuansätze (Abschnitt 4.2) und deren Auswirkungen auf individuelle Wahlentscheidungen und Wechselwahlen aus handlungstheoretischer, insbesondere ökonomischer Sicht (Abschnitt 4.3) aufgearbeitet. In Kapitel 5 erfolgt dann die Modellierung der Forschungshypothesen.

4.1 Überblick über aktuelle Ansätze

Zusammenfassend lässt sich eine deutliche Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft erkennen, die sich ebenfalls im Parteiensystem widerspiegelt. Durch die Abschwächung alter Cleavages und der damit korrelierenden Modernisierung dieser, haben konstante Wählerbindungen an bestimmte Parteien abgenommen (Bornschieer, 2009; Pickel, 2018). Einhergehend mit der fortlaufenden Veränderung sozialer Milieus und gesellschaftlicher Gruppen, kommt es zu wechselndem Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern. Dies liegt nicht nur daran, dass sich etablierte Parteien zunehmend thematisch angleichen (Downs, 1957; Spoon/Klüver, 2019), sondern ebenfalls an intra-individuellen Entscheidungsmustern, die die Wechselwahl beeinflussen (Blumenstiel, 2016). Das etablierte Wählerklientel bestimmter Parteien hat sich verändert, wodurch die Parteien anpassungsfähiger und diverser sein müssen. Ebenso sorgt diese Entwicklung für die Ausbreitung von wechselndem Wahlverhalten (Hill, 2017; Falter/Schoen, 2005). Dies hat auch zur Folge, dass kleine Parteien wie die AfD sich gegen ehemalige „Volksparteien“ in ihrer Stimmanzahl behaupten können.

Innerhalb der Forschung gibt es bereits viele Ansätze, die die wachsenden Stimmanteile der AfD zu erklären versuchen wie etwa die von Lengfeld (2017) ausgearbeitete Modernisierungsverliererthese. Des Weiteren ist die Abschwächung von etablierten und die Einführung neuer Cleavages als Erklärungsansatz bemüht worden (vgl. Thaidigsman, 2004; Bornschieer 2009).

Auch außerhalb der spezifischen Wahlforschung gibt es mehrere Ansätze, die für die Klärung des Themas von Nutzen sein können. Stefan Stuth beschäftigt sich unter anderem in seiner Forschung mit der zunehmenden Prekarisierung der heutigen Gesellschaft. Er stellt dabei ein Wachstum von prekär Beschäftigten oder langzeiterwerbslosen Beschäftigungsverhältnissen fest (vgl. Stuth et al. 2018; Dörre 2018; Brinkmann et. al. 2006). Auch wurde bereits der Einfluss von Prekarisierung auf rechtsextreme Einstellungen untersucht (Sommer 2010). Durch die der Prekarisierung immanenten Unsicherheit, entstehe ein Teil der Gesellschaft, der sich nicht vollwertig der Gesellschaft zugehörig fühle (Stuth et. al. 2018: 40). Diese Erkenntnis wird im weiteren Verlauf ebenfalls von Interesse sein. Bettina Kohlrausch beschäftigt sich einem Working Paper ebenfalls mit der ökonomischen Situation von Wählern, besonders deren Prägung durch Abschiedsängste (Kohlrausch 2018). Damit widerspricht sie der These der kulturellen Motivation, die rechtspopulistische Partei AfD zu wählen, welche sich auf die Kultur als

Grund zur AfD-Wahl stützt. In der Forschung sind dabei primär empirische Analysen von Wählerschaften und Entwicklung bestimmter Parteien, besonders der AfD (Lengfeld, 2017; Haußner, 2017) zu finden. Dabei rückt besonders das Wählerklientel der AfD in den Vordergrund (Hambauer/ Mays; 2018), welches aufgrund des jungen Alters der Partei noch nicht einer klassischen Konfliktlinie zuzuordnen ist. Ebenso haben unter anderem Hambauer und Mays (2018) bereits vergleichende Untersuchungen in der Wählerschaft verschiedener Parteien vorgenommen. Dabei stellen sie heraus, dass AfD-Wählern besonders durch soziale Ängste, insbesondere in Hinblick auf die Flüchtlingssituation, geprägt sind. Ebenso wählen vermehrt Männer die AfD sowie überdurchschnittlich gebildete Wähler, die sich aber selbst in der gesellschaftlichen Unterschicht verorten (Hambauer/Mays, 2018: 150).

Auch finden sich innerhalb der Forschung theoretische Ansätze für wechselndes Wahlverhalten (Falter/Schoen, 2014), die allerdings eher allgemein aufzufassen sind. Zwar gibt es bereits vergleichende Studien zwischen Parteien, die empirische Untersuchung der Wechselwahl zwischen Parteien war aber bisher kaum Forschungsgegenstand.

Grundsätzlich lassen sich Ursachen für den Übergang zur AfD beziehungsweise wechselndes Wahlverhalten aus vielen dieser Perspektiven anführen. Die Konzeptualisierung des theoretischen Modells zur soziologischen Erklärung der Wechselwahl von der SPD zur AfD beschränkt sich jedoch, ausgehend von den oben dargestellten Überlegungen zu den sich im Zeitverlauf verändernden sozialen Konfliktlinien auf zwei grundlegende Perspektiven: Sozialstrukturelle Milieuansätze (Abschnitt 4.2) und handlungstheoretische Perspektiven, hier insbesondere die ökonomische Theorie der Demokratie (Abschnitt 4.3).

4.2 Soziale Milieus

Bevor nun die Relevanz der sozialen Milieus für das politische Verhalten untersucht wird, muss zunächst die Begrifflichkeit erläutert werden. Als „kulturalistischer Ansatz“ (Geißler, 2017:32) innerhalb der Sozialstrukturanalyse ist die Milieuforschung ein wichtiger Aspekt in Hinblick auf die Gesellschaft, denn subkulturelle Einheiten bilden dabei Teile der Bevölkerung ab, die beispielsweise ähnliche Wertvorstellungen, Lebensziele und politische Einstellungen teilen. Diese sind dabei nicht klar voneinander trennbar, sondern verlaufen teilweise fließend (vgl. Geißler 2017: 32f.). Um soziale Milieus dennoch charakterisieren zu können, lassen sich vier Merkmale festlegen: Soziale Milieus zeichnen sich durch eine gemeinsame Position innerhalb der Gesellschaft, ähnliche Wertvorstellungen, milieutypische Verhaltensweisen sowie enge Bindungen zwischen deren Angehörigen aus. Zum politischen Milieu werden sie dann, wenn sie sich in Form von politischen Orientierungen oder Verhaltensweisen widerspiegeln (Gabriel, 2017: 239), beispielsweise durch die Wahl der Partei, die diese Interessen repräsentiert.

Laut Sinus-Institut lassen sich zehn verschiedene Milieus identifizieren, die an den Achsen soziale Lage und Grundorientierung verlaufen. Die obere Mittelschicht besteht dabei aus dem klassischen Establishment (Konservativ-Etablierte), der aufgeklärten Bildungselite (Liberal-

Intellektuelle), der effizienz-orientierten Bildungselite (Milieu der Performer) und der kreativen Avantgarde mit Tendenz zur kulturellen und mentalen Mobilität (Expeditive) (Sinus 2018: 14ff.). Die Mittelschicht bilden die bürgerliche Mitte, das adaptiv-pragmatische Milieu sowie das sozialökologische Milieu. Zur Unterschicht zählen die Traditionellen, die Prekären und die Hedonisten. Letzte zeichnen sich besonders durch ihren unbekümmerten erlebnisorientierten Lebensstil aus (Sinus 2018: 16). Diese Milieus lassen sich ebenfalls nach Werten unterscheiden, so hegen beispielsweise die Traditionellen und Konservativ-Etablierten eher traditionelle Wertvorstellungen, während das expeditiv und hedonistisches Milieu als „Zukunftsmilieus“ (Sinus 2018: 15) bezeichnet werden können. Vergleicht man diese mit den von Geißler genutzten Sinus-Milieus von 2016, wird deutlich, dass sich die subkulturellen Einheiten innerhalb dieses kurzen Zeitraums bereits etwas verändert haben. So ist das Milieu der Traditionellen dezent geschrumpft, während die Expeditiven sowie das adaptiv-pragmatische Milieu leicht gewachsen sind. Noch deutlicher werden die Veränderungen innerhalb der sozialen Milieus im Vergleich zur Gesellschaft der 1980er Jahre, wo deutlich weniger, aber dafür größere Milieus zu finden sind. Dazu gehören unter anderem das traditionelle sowie das traditionslose Arbeitermilieu. Diese werden in der heutigen Gesellschaft nicht mehr vereinzelt aufgegriffen, sondern in dem Milieu der Traditionellen zusammengefasst. Auch waren bis 2010 andere Milieus innerhalb der Gesellschaft zu finden, wie beispielsweise DDR-Nostalgische (vgl. Sinus 2018: 18f.).

In den vergangenen Jahren hat sich allerdings ein „structural dealignment“ vollzogen, das sich durch eine strukturelle Veränderung von sozialen Gruppen und damit einhergehende Abschwächung der Greifbarkeit etablierter Cleavages kennzeichnet (Bornschiefer 2009: 4) Dabei hat sich die klassische Arbeiterschaft verkleinert, wodurch ein neuer Mittelstand entstanden ist, der nach Thaidigsmann vorwiegend aus Angestellten besteht (vgl. Thaidigsmann, 2004: 9f.). So hat sich die Größe der Arbeiterschaft verändert, wodurch ein neuer Mittelstand entstanden ist, der nach Thaidigsmann vorwiegend aus Angestellten besteht (vgl. Thaidigsmann, 2004: 9f.). Vergleicht man dies mit aktuellen Zahlen wird deutlich, dass klassische Arbeiter 1992 mit 37,8% aller Erwerbstätigen zahlenmäßig deutlicher vertreten waren als 2017 mit rund 18,1%. Daraus geht ebenfalls der von Thaidigsmann erwähnte Anstieg der angestellten Erwerbstätigen hervor, die 2017 mit rund 66,3% den Großteil ausmachen (IAQ, 2017).

Das konventionelle Arbeiterklientel, das lange Zeit als Zielgruppe der Sozialdemokraten galt, ist demnach geschrumpft. Den „klassischen“ Arbeiter gebe es nach Dörre et. al. kaum noch, vielmehr ließe sich die allgemein arbeitende Bevölkerung kategorial zum Arbeiterbegriff hinzuzählen (Dörre et. al, 2018:80). In der Verringerung der konventionellen Arbeiterklientel könnte eine mögliche Erklärung für die abnehmende Bedeutung der klassischen Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital begründen und damit das Abwandern von Wählern der SPD, sowie.

Soziale Milieus sind in dieser Hinsicht für die politische Wahl relevant, da sie es den Parteien ermöglichen, potenzielle Wähler gezielter anzusprechen zu können (Korte, 2013: 112). Fallen

diese Wähler weg, besteht für eine Partei die Gefahr des Wahlstimmenverlustes. Einen weiteren Grund für die Abwanderung der Wähler der SPD liegt darin, dass deren Wählerschaft zur heutigen Zeit nicht mehr innerhalb eines, sondern in diversen Milieus vertreten ist. Dadurch wird eine programmatische Anpassung der Partei an ihre Wähler erschwert (Korte, 2013: 113). Der Partei wurde daher angeraten sich auf das „neue Arbeitermilieu“ zu konzentrieren, welches von Wählern mittlerer Bildungsabschlüsse, dienstleistungsorientierten und technologischen Berufen repräsentiert werde (Korte, 2013:113). Ebenfalls sei es ein neues und mit einem Altersdurchschnitt von unter 50 Jahren relativ junges Milieu, welches besonderen Wert auf eine materielle Absicherung legt (Korte, 2013: 113). Da es sich um ein relativ neues Milieu handelt, besteht die Chance für verschiedene Parteien, Wählerstimmen daraus zu generieren. Dies gilt insbesondere für die AfD, die noch nicht lange im Bundestag vertreten ist und dadurch nicht mit den historischen Konfliktlinie, die durch etablierte Parteien besetzt sind, assoziiert wird.

Zudem gibt es eine Tendenz weg von den traditionellen hin zu pluralen Milieuzugehörigkeiten (Sinus Institut, 2018: 2). Gründe für diese Entwicklung liegen vor allem im gesellschaftlichen Wandel. Dieser ist nicht nur geprägt durch die oben erwähnten strukturellen Veränderungen der Gesellschaft, sondern ebenfalls durch deren soziale Folgen. Darunter fallen beispielsweise die ansteigende Prekarisierung, eine Erosion der gesellschaftlichen Mitte sowie Entsolidarisierung mit gesellschaftlichen Orientierungen (Sinus Institut, 2018: 20).

Es lässt sich also festhalten, dass sich soziale Milieus im Zeitverlauf verändert haben und auch weiterhin unter dauerhafter Aktualisierung stehen. In der Betrachtung der gesellschaftlichen Milieus hat sich bereits die Tendenz herausgebildet, dass sich die Gesellschaft von traditionellen Milieus wegentwickelt. Darunter fallen nicht nur die Veränderung klassischer Milieus wie das der Arbeiter, sondern ebenfalls neue Entwicklungen wie Prekarisierung, Pluralisierung und die Veränderung von Wertvorstellungen, die die Verschiebung traditioneller Milieus begünstigen. Dies hat zur Folge, dass modernisierte Spannungslinien der Gesellschaft herausgebildet werden, die Bindungen an Parteien verändern oder neu strukturieren. Damit stellt sich die Frage, wie Wählende in Anbetracht dieser Modernisierungen von Milieus und Konfliktlinien ihre Wahlentscheidungen treffen.

4.3 Ökonomische Theorie der Demokratie

Im folgenden Abschnitt wird die Erklärung der Wanderung von Wählenden um handlungstheoretische Aspekte, insbesondere die ökonomische Theorie des Wahlverhaltens, ergänzt. In seinem Werk hierfür grundlegenden Werk, „An Economic Theory of Democracy“, geht Anthony Downs auf den Idealtypus des rationalen Wählers ein. Dieser zeichnet sich nach Downs durch einen rationalen und nutzenmaximierenden Entscheidungsprozess aus. Wählern wählen dabei also die Option, die ihm oder ihr persönlich von Vorteil ist (Downs, 1957: 37). Um entscheidungsfähig zu sein muss der Wählende dabei bestimmte Kriterien erfüllen:

1. Er trifft seine Entscheidung unter Berücksichtigung verschiedener Möglichkeiten
2. Er ordnet die Alternativen nach Nutzenfaktoren und Wertigkeit

3. Seine Rangordnung ist transitiv, also zielführend
4. Er entscheidet sich immer für die Option, die in seiner Rangfolge am höchsten steht
5. Er trifft bei gleichen Alternativen immer dieselbe Entscheidung (Downs, 1957: 6)

Außerdem muss sich der Wähler in seinem Entscheidungsprozess sowohl hinsichtlich seiner Ziele als auch deren Folgen bewusst sein. Auf dieser Basis entsteht das Bild des „homo politicus“ (Downs, 1957: 7), den Downs als durchschnittlichen Menschen und rationalen Bürger beschreibt. Für die Wahl von politischen Parteien führt Downs den Begriff des Parteiendifferentials ein. Dieser beschreibt den Prozess der Entscheidungsfindung für die Parteienwahl, in dem die jeweiligen Nützlichkeiten der Optionen verglichen werden. Downs unterscheidet dabei zwischen zwei Parteiendifferentialen. Beim erwarteten Parteiendifferential subtrahiert der Wähler den höchsten erwarteten Nutzen, den eine Partei im Idealfall erreichen kann, von dem erwarteten Nutzen innerhalb der aktuellen Wahlperiode. Wenn die Differenz daraus positiv ist, wählt er die aktuelle Regierung, ist sie negativ, entscheidet er sich für die Opposition. Liegt der Wert bei null, enthält er sich der Abstimmung (Downs, 1957: 38f.), wird also zum Nichtwähler. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass Downs innerhalb dieser Rechnung von einem Zweiparteiensystem ausgeht, nicht aber – wie in der BRD – von einem Mehrparteiensystem.

Downs führt dabei an, dass der Vergleich aktueller Performance einer Partei oder eines Kandidaten mit der erwarteten zukünftigen Leistung von einer anderen Partei irrational sei, da man sich nicht auf die Wahlversprechen von Parteien berufen könne (Downs, 1957: 39f.). Daher führt Downs die Begrifflichkeit des *current party differential* ein. Dieses vergleicht die aktuelle Leistung einer Partei zum Zeitpunkt t mit der hypothetisch erwarteten Leistung der Oppositionspartei zum selben Zeitpunkt. Weil dieses allerdings auf Unsicherheiten beruht, da die Durchführung der Parteienversprechen nicht definitiv absehbar ist, bedarf es zwei zukunftsorientierte Modifikationen des momentanen Parteiendifferentials: der Trendfaktor sowie die Leistungsklassifizierung. Der Trendfaktor beschreibt die Einstellung des Wählers zum Auftreten bestimmter Ereignisse, die das *current party differential* beeinflussen können. Daraus folgend nimmt er eine Einschätzung der Regierung auf Positivität oder Negativität vor. Von der Leistungsklassifizierung der Parteien spricht man, wenn der Wähler zwischen zwei Parteien keinen Unterschied erkennen kann, sie also gleiche Standpunkte und Strategien befolgen (Downs, 1957: 41). Um dies zu umgehen, muss der Wähler zwischen der regierenden Partei und deren Vorgängerin in Hinblick auf das Nutzeneinkommen unterscheiden, also inwiefern ihm die Programme und Vorhaben der einzelnen Parteien im höheren Maße von Nutzen ist. Ist das ranking positiv, verbleibt der Wähler bei Partei A, ist es negativ, wechselt er zu Partei B. Das modifizierte Parteiendifferential bleibt bei null, wenn beide Parteien weiterhin gleiche Standpunkte und Strategien vertreten oder sie zwar unterschiedlich sind, aber für den Wähler dennoch das gleiche Nutzeneinkommen haben. In diesen beiden Fällen erfolgt die Nichtwahl (Downs, 1957: 43f.).

Wie zuvor erwähnt, bezieht sich Downs Theorie allerdings nur auf das amerikanische Zweiparteiensystem, nicht zwingend auf die pluralistische Parteienlandschaft innerhalb Deutschlands. Die Schwierigkeit innerhalb des Mehrparteiensystems besteht laut Downs darin, dass der rationale Wähler aufgrund der weiteren Möglichkeiten dazu tendieren kann, nicht die Partei zu wählen, die er rational wählen würde. Der rationale Wähler würde demnach nicht zwingend die Partei wählen, die er für die beste hält, sondern vielmehr die, von der er glaubt, dass diese in der Anzahl ihrer Wählerstimmen regierungsfähig sei. So würden Wähler war nicht die präferierte Partei wählen, aber seine oder ihre Wählerstimme nicht unnützlich anlegen. Nur von den Parteien, die als regierungsfähig angesehen werden, wird die ausgesucht, welche am meisten Nutzen für den Wählenden hat (Downs, 1957: 48).

Um die Problematik des Mehrparteiensystems zu lösen, schlägt Downs vor, sich schlichtweg auf zwei Parteien innerhalb des Systems zu konzentrieren. Durch den Vergleich zwischen der Regierungspartei und der für den Wähler relevantesten Oppositionspartei, lässt sich das Differenzial leichter ermitteln und eine rationale Entscheidung treffen. An diesem Punkt lässt sich die Downsche Theorie besonders mit der Thematik dieser Arbeit verknüpfen. In diesem Fall entscheidet der Wähler zwischen der regierenden Partei SPD und der AfD als oppositionelle Partei. Der Wähler hat aufgrund der Erfahrungen mit der SPD und den aufkommenden Ereignissen, sowie seiner hypothetischen Erwartungen an die AfD drei Auswahlmöglichkeiten: 1. Er wählt weiterhin die SPD, 2. Er wechselt zur AfD oder 3. Er enthält sich der Stimme. Die rationalen Faktoren, an denen der Wählende seine Wahlentscheidung festmacht, setzen sich aus einer Vielzahl der genannten möglichen Gründe zusammen. Dazu gehören zum einen das Nutzenkalkül bezüglich der Wechselwahl von den „Modernisierungsverlierern“, zum anderen ein zunehmender Nutzen der Wechselwahl durch den Wandel der Konfliktlinien und sozialen Milieus, z.B. das Schrumpfen der Arbeiterschaft. Anders als die von Downs erwähnte Programmatik der Regierungsparteien, sollen im Folgenden weiterhin die sozialstrukturellen Ursachen der Wechselwahl von SPD zur AfD betrachtet werden.

5. Theoretische Modellierung

Auf Grundlage der dargestellten Theorien erfolgt in diesem Schritt die theoretische Modellierung der Hypothesen für die empirische Untersuchung von wechselnden Wahlverhalten zwischen SPD und AfD. Zur Betrachtung dieses Sachverhalts wird das soziologische Erklärungsmodell nach Hartmut Esser rekapituliert (Esser 1993). Auf dessen Makro-Ebene befindet sich zunächst die gesellschaftliche Situation als Ausgangspunkt. Zu dieser gehören die oben erklärten Ereignisse der Modernisierung und Globalisierung der Gesellschaft besonders hinsichtlich der sozialstrukturellen Begebenheiten. So haben sich die Cleavages verändert, was ebenfalls eine Neuordnung der Parteienlandschaft nach sich zog. Unter diesen Punkt fällt ebenfalls die Reformierung sozialer Milieus durch deren Veränderung bzw. Schrumpfung. Innerhalb dieser Arbeit wird dabei besonders die aufkommende Prekarität innerhalb der gesellschaftlichen Milieus von Interesse sein. Diese sozialen Ereignisse stehen auf der makrostrukturellen Ebene dem Explanandum, also dem zu Erklärenden gegenüber. In diesem Fall also

die Wählerwanderung von der SPD zur AfD. Um diesen Zusammenhang nun aber erklären zu können, bedarf es bestimmter Faktoren.

Diese Faktoren speisen sich aus der Situationswahrnehmung des jeweiligen Akteurs (Esser 1993: 98). So nimmt der Wähler seine eigene Situation subjektiv wahr und bildet auf dieser Grundlage Handlungsabsichten. Für die Erklärung des Sachverhaltes, also der Wählerwanderung zwischen den Parteien, lassen sich besonders zwei allgemeine Unterscheidungen in den Situationswahrnehmungen herausstellen:

1. Die kulturelle Situationswahrnehmung des Wählers
2. Die subjektive Wahrnehmung der ökonomischen Lage des Einzelnen

Der kulturelle Konflikt beruhe laut Martin auf der Zuwanderung innerhalb der EU und hängt mit der wachsenden Globalisierung insofern zusammen, als dass er den alten ökonomischen Cleavage schwächt (Martin 2019: 251). Damit bezieht sich Martin auf den neuen Konflikt zwischen Kosmopoliten und Nationalisten, welcher sich zwischen den konservativ-nationalen und extrovertiert-weltoffenen Wählern lokalisieren lässt (vgl. Pickel 2018: 479). Martin verweist dabei darauf, dass sich durch die Schwächung der wirtschaftlichen Spannungslinie zunächst ein Abnehmen der Wahlbeteiligung feststellen lässt, das sich erst durch das Erstarken des kulturellen Cleavages in der Wahl zugunsten der Parteien auswirkt, die dies in ihre Programmatik mit aufnehmen. Als Nutznießerin dieser Entwicklungen nennt er die AfD, die sich bereits in der Vergangenheit als europakritische Partei geäußert habe (Martin 2019: 251). Kohlrausch spricht dabei von einer „Art Kulturkampf um die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung“ (Kohlrausch 2018: 6), zu denen Multikulturalität, Gleichberechtigung von homosexuellen Paaren, die Ablehnung der Flüchtlingspolitik unter der Regierung von Angela Merkel gehören (Kohlrausch 2018: 6). Zu Beginn der Einwanderung von Geflüchteten nach Deutschland im Jahr 2015 bildeten CDU und SPD eine große Koalition, wodurch die SPD ebenfalls als Entscheidungsträgerin innerhalb dieser Politik fungierte. Da der Beginn dieser Flüchtlingspolitik zwischen den Wahlperioden der Bundestagswahl 2013 und 2017 lag und die SPD in dieser Zeit in ihrer Rolle als Regierungspartei den kosmopolitischen Pol der kulturellen Konfliktlinie besetzte, ist eine Wanderung von jenen Wählenden der SPD zur AfD zu erwarten, die sich selbst auf dem eher nationalen Pol dieser Konfliktlinie verorten.

Kohlrausch selbst teilt diese Einschätzung allerdings nicht, sondern nennt soziale Ängste als Auslöser zur Wahl der AfD (Kohlrausch 2018: 4f). Motiviert werden diese Ängste besonders durch ökonomische Unsicherheiten. Diese entstehen unter anderem angesichts der zuvor erwähnten Ausbreitung der Prekarisierung, die die sozialstrukturellen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft aufweist. Nach einer Untersuchung von Stefan Haußner, befinden sich innerhalb der Wählerschaft der AfD des Öfteren Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Haußner 2017: 5). Denkbar ist dabei also die Wanderung der Wähler zur AfD, da sie sich aufgrund ihrer sozialen Unsicherheit nicht bei der SPD verortet sehen. Kohlrausch spricht dabei besonders von der in der Gesellschaft verankerten Abstiegsangst, die nicht nur die unteren Teile der Bevölkerung betrifft, sondern sich quer durch die sozialen Gruppen abbildet

(Kohlrausch 2018: 22). Da die Wählerschaft der AfD ebenfalls innerhalb aller gesellschaftlichen Milieus verortet ist (Kohlrausch 2018: 4), und dies ebenfalls auf die Wähler der SPD zutrifft (Korte 2013: 113), ist an dieser Stelle denkbar, dass wachsende ökonomische Ängste, besonders die Unsicherheitswahrnehmung des Arbeitsplatzes die Wechselwahl zur AfD beeinflusst. Daher sollte in die späteren empirischen Analysen Indikatoren für die ökonomische Situation potentieller Wechselwähler aufgenommen werden, in diesem Fall ein prekäres Arbeitsverhältnis sowie der Erwerbsstatus von Wählern.

Brinkmann et. al. nennen in ihrer Ausführung zu der begünstigten Wahl von rechtsextremistischen Parteien ebenfalls, dass die Veränderung des Arbeitsmarktes, vor allem durch Prekarisierung, ein Ungerechtigkeitsgefühl in Teilen der Bevölkerung auslöse. Dies habe zur Folge, dass ein Ohnmachtsgefühl entsteht, das ihrer Ansicht nach nicht von der Politik lösbar sei, sondern durch sie ausgelöst wurde. Darauf folge der Drang nach autoritären Lösungen, die zu Lasten von „Sündenböcken“ herbeigeführt werden solle (Brinkmann et. al. 2006: 78). Vor diesem Hintergrund kann eine Wechselwahl zugunsten der AfD als Ausdruck des Wunsches verstanden werden, sich programmatisch gegen die „etablierte“ Regierungspartei SPD zu stellen und subjektive Ohnmachtsgefühle zu überwinden. Die Einwanderer nehmen an dieser Stelle die Position von Sündenböcken ein, die für das Ohnmachtsgefühl und schlechte Arbeitsmarktsituation des Einzelnen verantwortlich gemacht werden (vgl. Brinkmann et. al. 2006: 78). In Hinblick auf die zu untersuchende Forschungsfrage ist es demnach relevant, den kulturellen Faktor der Einwanderer ebenfalls in die späteren empirischen Untersuchungen mit aufzunehmen.

Innerhalb des soziologischen Erklärungsmodells folgt auf diese subjektiven Wahrnehmungen die (Handlungs-)Selektion der einzelnen Akteure. An dieser Stelle greift das Modell von Downs, das davon ausgeht, dass der Wähler⁵ sich für die Partei entscheidet, welche rational am ehesten seine Interessen vertritt (Downs 1957). Wenn also der Wähler, der in der Bundestagswahl 2013 SPD gewählt hat, sich 2017 für die AfD entscheidet, weil er sich von Letzterer in seinen kulturellen Wertorientierungen und ökonomischen Unsicherheiten repräsentiert sieht, entsteht ein Dealignment, also eine Loslösung von Parteienbindungen und damit einhergehendes Potenzial zur Wählerwanderung (Dalton 1984). Damit wird der Wechselwahl zu der AfD eine gewisse Rationalität unterstellt. Dieses Dealignment dann zum einen, wie zuvor erwähnt, strukturell verankert sein, indem sich bestehende Cleavages und soziale Milieus verändern oder auflockern.⁶

Das Parteiendifferential ermöglicht dem Wähler dabei seine Entscheidung zu treffen, wenn sich Parteien insofern angleichen, als dass sie für den Wähler kaum unterscheidbar sind (Downs 1957). Dies haben ebenfalls Spoon und Klüver in einer empirischen Studie zum

⁵ Der Einfachheit halber wird innerhalb dieser Arbeit vermehrt auf diesen Begriff zurückgegriffen, es sollen dennoch alle Geschlechter damit impliziert werden.

⁶ Zum andern kann ein verhaltensbezogenes Dealignment stattfinden (Bornschieer 2009: 4), auf das sich Downs ebenfalls bezieht.

Wahlverhalten untersucht. Anhand von 15000 Wählerstimmen verschiedener Wähler aus unterschiedlichen Ländern haben sie festgestellt, dass bei zunehmender Gleichheit der Programme etablierter Parteien, Wähler dazu neigen, auf Randparteien auszuweichen. Dies begünstigt ebenso die Wahl von rechtspopulistischen Parteien wie der AfD (vgl. Spoon/Klüver 2019: 1035). Als Ergebnis des Parteiendifferentials sieht Downs dabei, wie oben erwähnt, drei Lösungsansätze. Das Verbleiben bei der gewohnten Partei, die Wechselwahl oder die Nichtwahl. Relevant ist dabei nach Downs auch, inwieweit Wählende in Mehrheitswahlsystemen die Parteialternativen für regierungsfähig einschätzen. Aufgrund der anhaltenden Stimmverluste der SPD im Zeitverlauf (Der Bundestag 2019) könnte demnach auch eine Entscheidung für die AfD getroffen werden, da diese aufgrund ihrer wachsenden Stimmanteile von dem Wähler als regierungsfähiger angesehen wird als die verlustreiche SPD.⁷ Aus der individuellen Handlung des Akteurs entsteht dann ein kollektives Explanandum, welches anhand objektiver Kennziffern darstellbar ist. In diesem Fall entspricht das Explanandum der Wählerwanderung von der SPD zur AfD, das sich als Verlust für die Sozialdemokraten in Form von 470.000 Wählerstimmen (Infratest Dimap 2017) äußert.

Anhand dieses theoretischen Modells lassen sich folgende Hypothesen ableiten. Aus den o.g. Überlegungen zur subjektiven Verortung von Wählenden auf der kulturellen Konfliktlinie folgt, dass SPD-Wählende umso eher zur AfD wechseln, je stärker sie sich auf dem nationalen Pol dieser Konfliktlinie verorten. Aus der eigenen Wahrnehmung als sogenannte Modernisierungsverlierer resultiert die Übertragung des eigenen Ohnmachtsgefühls auf als Sündenböcke wahrgenommene Gruppen wie beispielsweise Einwanderer. Dies lässt sich anknüpfend an die oben diskutierten Studien in diesem Feld (Lengfeld 2017; Brinkmann et. al 2006) als Einstellungen zum Zuzug von Migranten operationalisieren. Das bedeutet:

H1: Wenn der Wähler die Auffassung teilt, man solle den Zuzug von Einwandern einschränken, erhöht es die Chance auf eine Wechselwahl zur AfD.

Als Folge von strukturellen Veränderungen und dem Schrumpfen des Arbeitermilieus, haben sich zunehmend Arbeitsplatzunsicherheiten und subjektive Wohlstandsverluste herausgebildet. Zu den „Modernisierungsverlierern“ zählen folglich ebenfalls Geringverdiener mit verminderten Chancen auf eine stabile Arbeitsmarktintegration. Drohende Prekarität sowie der Erwerbsstatus könnten durch ein „Sicherheitsversprechen“ der AfD aufgefangen werden und zur Folge haben, dass sich Wähler von der SPD abwenden. Daraus lässt sich folgern, dass subjektive ökonomische und erwerbsbedingte Unsicherheiten die Chance auf eine Wechselwahl von der SPD zur AfD erhöhen. Das bedeutet:

H2: Je eher der Wähler subjektive Arbeitsplatzunsicherheit in Form von Angst um den Stellenverlust empfindet, desto eher besteht die Chance auf einen Wechsel zur AfD.

⁷ Dies kann nicht als empirisch belegte Aussage, sondern vielmehr als Diskussion über eine mögliche Erklärung der Wechselwahl angesehen werden. In künftigen Forschungsarbeiten könnte dies allerdings von Relevanz sein.

H3: Ein prekäres Beschäftigungsverhältnis eines Wählers, erhöht die Chance auf einen Wechsel zur AfD.

Im Folgenden werden diese (Teil-)Hypothesen empirisch überprüft. Zunächst werden allerdings der vorliegende Datensatz und die Analysemethode dargelegt.

6. Daten und Methode

Die Frage nach möglichen Gründen für die Wechselwahl zwischen der SPD und der AfD wird anhand einer zwischen dem 20.06.2013 und dem 26.03.2018 erhobenen Wiederholungsbefragung untersucht. Der Datensatz wurde der GESIS-Datenbank entnommen und trägt den Titel „Wiederholungsbefragte der Wahlkampf-Panels zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (GLES)“ (ZA6827). Primär daran geforscht haben Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck und Prof. Dr. Harald Schoen, ebenfalls von der Universität Mannheim, sowie Prof. Dr. Bernhard Weßels und Prof. Dr. Christian Wolf als Vertreter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und des GESIS-Leibnitz-Instituts für Sozialwissenschaften. Dieser Datensatz eignet sich besonders für das zu untersuchende Thema, da dieselben Wähler zu unterschiedlichen Bundestagswahlen befragt worden sind, was sowohl Kurz- als auch Langfristanalysen ermöglicht. Das bedeutet, dass auf diese Weise ermittelt werden kann, welche Wähler einen Parteienwechsel zwischen den Bundestagswahlen vollzogen haben. Die Grundgesamtheit bildet dabei die bundesweite zur Bundestagswahl 2013 und 2017 wahlberechtigte Bevölkerung ab. Es sei darauf hingewiesen, dass die Teilnehmer also mindestens 18 Jahre alt und mit einem Internetzugang ausgestattet sein mussten, da die Befragung online mit standardisiertem Fragebogen erhoben wurde. Voraussetzung für die Teilnahme war ebenfalls das Abschließen mindestens drei Panel-Wellen im Jahr 2013, sowie einer im Jahr 2017. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der teilnehmenden Personen auf 2725. Insgesamt enthält der Datensatz 4.857 Variablen; für diese Arbeit werden allerdings deutlich weniger verwendet.

6.1 Variablen

Da hier die Wanderung von der SPD zur AfD von Interesse ist, musste die abhängige Variable (AV) dementsprechend aufbereitet werden. Die Stichprobe wird demnach so verändert, dass sich darin nur noch Personen befinden, die 2013 die SPD gewählt haben. An diesem Punkt sei anzumerken, dass es sich in diesem Falle um eine sehr kleine Stichprobe, nämlich 77 Personen, handelt. Da allerdings nur die Wanderung zur AfD betrachtet werden soll, wird sich die Anzahl der darauf zutreffenden Personen noch einmal auf 8 Personen verringern. Dies hat zur Folge, dass die externe Validität der Ergebnisse eingeschränkt ist und die späteren

Irrtumswahrscheinlichkeiten vorsichtig zu interpretieren sind. Darauf wird innerhalb der Diskussion der empirischen Befunde noch einmal eingegangen.⁸

Aufgrund der oben genannten Reduktion des Datensatzes, ist das Kriterium der Wahl der SPD im Jahr 2013 bereits gegeben. Als AV wurde demnach eine Variable codiert, die nur diejenigen Wähler vorsieht, die bei der Bundestagswahl 2017 entweder für die SPD oder die AfD gestimmt haben. Da der Datensatz lediglich die Zweitstimmenanteile aller Parteien beinhaltet, muss diese Variable rekodiert werden. Dazu wurde diese in eine Dummy-Variable transformiert, die die Ausprägung eins für AfD-Wahl und null für den Verbleib bei der SPD beziehungsweise Nicht-AfD hat. Damit ist sowohl die Bedingung des Wählens der SPD im Jahr 2013, sowie eines eventuellen Wechsels zur AfD im Jahr 2017 gegeben.

Darauf aufbauend sollen im Folgenden die unabhängigen Variablen, sowie die Kontrollvariablen aufgeführt werden. Im vorherigen Kapitel wurde dazu bereits die theoretische Modellierung erörtert, die nun auf die vorhandenen Variablen bezogen werden soll. Zunächst soll der kulturelle Aspekt beleuchtet werden. Dieser wird mittels eines Indikators gemessen, der die Einstellungen von Wählern zum Zuzug von Einwanderern misst. Diese Variable ist innerhalb des GESIS-Datensatzes zehnfachgestuft, wobei eins den Zuzug erleichtern und zehn zu selbigen erschweren bedeutet.⁹

Für die subjektiven ökonomischen Faktoren der Chance auf Wechselwahl zur AfD wurden zwei Hypothesen verwendet. Erstere nennt subjektive Arbeitsplatzunsicherheit als mögliche Ursache für die Wechselwahl. Die ursprüngliche Variable war vierfach gestuft, wurde allerdings der Einfachheit halber, zu einer Dummy-Variablen rekodiert, sodass sie die Ausprägungen null für nein und eins für ja, also das Empfinden subjektiver Arbeitsunsicherheit, erhält.

Die letzte unabhängige Variable soll Aufschluss über den Zusammenhang von Erwerbsprekarität und der erhöhten Chance auf Wechselwahl zur AfD geben. Ursprünglich hatte diese Variable zwölf Ausprägungen von Erwerbstätigkeit, wurde allerdings für diese Studie ebenfalls transformiert. Diese beschreibt den Erwerbsstatus mit den Ausprägungen prekär mit der Codierung eins und regulär beschäftigt bzw. nicht prekär beschäftigt mit der Codierung null zusammengefasst. Unter letzteren Punkt fallen neben der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ebenfalls diejenigen, die freiwillig nicht erwerbstätig sind, wie Rentner oder Personen in Elternzeit, da nur der Faktor der Prekarität und nicht der Erwerbsstatus untersucht werden soll.

Als Kontrollvariablen werden das Alter sowie das Geschlecht der Befragten aufgenommen. Letztes liegt nominalskaliert vor, während das Alter anhand einer Ratioskala gemessen wird

⁸ Aus methodischer und theoretischer Sicht wäre es denkbar gewesen, auch Wählerwanderungen von anderen Parteien zur AfD zu untersuchen. Dies hätte jedoch den Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

⁹ Es ist nicht auszuschließen, dass diese Variable zusätzlich zu kulturspezifischen auch ökonomische Motive von Wählenden bei der Bewertung des Zuzugs von Migranten misst (Lengfeld 2018). Dies sollte in zukünftigen Modellen beispielsweise mittels der Modellierung von Interaktionseffekten untersucht werden.

(vgl. Tabelle 1). Da das Alter allerdings anhand des Geburtsdatums gemessen wurde, wird der Genauigkeit halber, dieser Wert von dem des Befragungszeitpunktes 2017 abgezogen.

6.2 Die binäre logistische Regression

Bevor nun die Erläuterung der deskriptiven Statistik sowie der empirischen Ergebnisse erfolgt, soll zunächst noch auf die Methodik der logistischen Regression eingegangen werden. Eine logistische Regression ist ein Verfahren zur Analyse von nominal skalierten abhängigen Variablen, das bedeutet, dass deren Ausprägungen voneinander unterscheidbar, aber nicht in Rangfolge zu setzen sind. Es wird die binär logistische Regression angewandt, also eine Untersuchung mit einer dichotomen Ausprägung der abhängigen Variable (vgl. Kopp/Lois 2014: 161). In diesem Fall lautet die AV AfD-Wahl im Jahr 2017, die mit eins für den Itemwert „Ja“ und mit null für „Nein“ codiert ist. Die logistische Regression ist dabei besonders für dieses Thema geeignet, da sie keinen linearen Verlauf beschreibt, sondern Wahrscheinlichkeiten des Eintretens von Ereignissen wiedergibt und somit inferenzstatistische Probleme vermieden werden können, die im Falle der Verwendung eines linearen Modells bei dichotomen AV auftreten würden (Best/Wolf 2012: 378).

Die Begrifflichkeit der Wahrscheinlichkeit ist innerhalb der logistischen Regression allerdings vorsichtig zu betrachten. So unterscheidet man zwischen Wahrscheinlichkeit und Chance. Die Wahrscheinlichkeit p beschreibt in etwa eine einfache Kreuztabelle. Man teilt dabei die Anzahl der zu untersuchenden Fälle, z.B. die Anzahl der AfD-Wähler durch die Gesamtzahl der Personen in der Stichprobe, also die Gesamtzahl aller SPD-Wähler des Jahres 2013. Die Gegenwahrscheinlichkeit beträgt dabei das Verhältnis von der Anzahl der Nicht-AfD-Wähler zur Gesamtzahl der SPD-Wähler 2013. Möchte man nun aber das Verhältnis von zwei Wahrscheinlichkeiten ermitteln, wird die Chance bzw. Odds verwendet (Kopp/Lois 2014: 164f.). In diesem Fall bedeutet das: Die Wahrscheinlichkeit, dass die AV den Wert eins annimmt, also AfD 2017 gewählt, steht im Verhältnis zu der Wahrscheinlichkeit, dass die AV den Wert null annimmt, also nicht die AfD, bzw. die SPD wieder gewählt wird. Mathematisch wird dies wie folgt ausgedrückt:

$$odds = \frac{p(y = 1)}{1 - p(y = 1)}$$

Kommt nun aber eine weitere, unabhängige Variable hinzu, wie beispielsweise prekäre Beschäftigung, müssen jeweils zwei Chancen in Verhältnis gesetzt werden. Dieses Chancenverhältnis nennt man Odd-Ratio (OR). In den späteren Regressionsmodellen werden die Zusammenhänge zwischen einem Wechsel von der SPD zur AfD und den erklärenden Variablen mittels Odds Ratios interpretiert.

6.3 Methodische Einschränkungen

Allerdings birgt die Interpretation der ORs bestimmte Schwierigkeiten: Die übliche Interpretation, dass beim Anstieg von x_i um eine Einheit, die Wahrscheinlichkeit von $y=1$ im Durchschnitt um den errechneten OR-Koeffizienten steigt, ist laut Best und Wolf zwar möglich, die Bedeutung von OR intuitiv aber schwerer zu erfassen (Best/Wolf 2012: 381). Diese weisen nämlich die Problematik auf, dass bei gleichen Odds unterschiedliche relative Risiken entstehen können und umgekehrt. Berücksichtigen ließe sich dies nur wenn zugehörige Basiswahrscheinlichkeiten bekannt sind, was oft nicht zutrifft (Best/Wolf 2012: 382). Als Lösung schlagen die Autoren dabei die Verwendung des sogenannten „Average Marginal Effects“ (AME) vor, der verständlicher zu interpretieren sei. Dieser „gibt den Durchschnittseffekt einer unabhängigen Variable als Mittelwert der marginalen Effekte über alle Beobachtungen hinweg wieder“ (Best/Wolf 2012: 382). Folglich ermöglicht es der AME, Wahrscheinlichkeiten leichter darzustellen, weil die Interpretation ähnlich zu der einer linearen Regression verläuft. Auch wenn die Autoren betonen, dass kein linearer Zusammenhang, sondern lediglich ein Durchschnittswert der Wahrscheinlichkeitskurve vorliegt. Diese Variante wird innerhalb dieser Arbeit allerdings nicht angewendet. Der Einfachheit halber wird sich an dieser Stelle auf die von Windzio vorgeschlagene Interpretation der Odd Ratios berufen: Beträgt der Wert 1, deutet es darauf hin, dass die gewählte unabhängige Variable keinen Einfluss auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der abhängigen Variable hat (vgl. Windzio 2013: 60). Grundlegend bedeutet ein Odd Ratio von <1 , dass sich die Eintrittschance verringert, während ein Odd Ratio von >1 diese erhöht (vgl. Windzio 2013: 60). Es gilt dabei ein Wertebereich des Odd Ratio von 0 bis ∞ . Je weiter dabei ein OR-Wert von 1 entfernt ist, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen den Merkmalen (Weins 2010: 79).

7. Empirische Befunde

Innerhalb dieses Kapitels wird nun zu überprüfen sein, ob oder inwieweit die aufgestellten (Teil-)Hypothesen über mögliche Gründe für eine Wechselwahl von der SPD zur AfD, empirisch haltbar sind. Anhand des oben aufgeführten Datensatzes und der Methodik wurde die zu behandelnde Fragestellung untersucht. Dazu erfolgt zunächst die Betrachtung der deskriptiven Statistiken.

7.1 Deskriptive Statistik

Zunächst soll eine Betrachtung der allgemeinen Stimmverteilung 2017 auf Basis der SPD-Wähler 2013 erfolgen. So haben rund 58,2% der Wähler, die 2013 SPD gewählt haben, diese Partei ebenfalls 2017 gewählt. Auffällig sind allerdings die Werte der anderen Parteien. 11,3% wechselten in der Wahl 2017 von der SPD zur Linken und ca. 10,6% der Zweitstimmenanteile verlor die SPD an die Grünen (nicht dargestellt in der Tabelle).

Die AfD erhält dabei allerdings nur 5,7% der Wählerstimmen, die in der Bundestagswahl 2013 noch die SPD gewählt haben. Das ist insofern von Interesse, da die Befunde, die in Kapitel zwei aufgeführt wurden, den größten Stimmverlust der SPD an die AfD berichten (Infratest Dimap 2017). Diese Diskrepanz könnte dadurch erklärt werden, dass Befragte möglicherweise die Wahl der AfD nicht angegeben haben, woraus ebenfalls die 3,6% Fehlerwerte zu „keine Angabe“ resultieren können (nicht dargestellt in der Tabelle)

Im Folgenden wird vorab die univariate deskriptive Statistik zu betrachten sein. Diese umfasst die Darstellung der Häufigkeiten einzelner Variablen im Datensatz. Im Anschluss daran wird die bivariate Beschreibung des Zusammenhangs der unabhängigen und abhängigen Variablen in Form von Kreuztabellen erfolgen. Diese gibt Aufschluss darüber, auf wie viele Fälle sowohl die AV als auch die UV zutreffen

Tabelle 1: Deskriptive Statistik

	Anzahl	Prozent	MW	SD
AfD-Wahl (Dummy)	77			0,31
Nein (0)	69	89,6		
Ja (1)	8	10,4		
Zuzug von Einwanderern einschränken (Skala)	77		6,38	2,63
Angst vor Stellenverlust (Dummy)	77			0,31
Nein (0)	69	89,6		
Ja (1)	8	10,4		
Erwerbsstatus (Dummy)	77			0,42
Nicht prekär beschäftigt	17	22,1		
Prekär beschäftigt	60	77,9		
Geschlecht	77			0,50
Männlich (0)	43	55,8		
Weiblich (1)	34	44,2		
Alter	77		55,48	7,69

Quelle: Längsschnittpanel 2013/2017 (GLES), Kodierungen bzw. Messeinheiten in Klammern

Die deskriptive Statistik in Tabelle 1 zeigt zunächst die bereits genannte geringe Anzahl an Befragten, die in der Bundestagswahl 2017 die AfD gewählt haben. Dies ist zum Teil methodisch bedingt, weil bei der Codierung der AV alle anderen Parteien außer der SPD und der AfD ausgeschlossen wurden. Daraus resultiert ein Prozentwert von 89,6% der Befragten, die 2017 bei der SPD verblieben. Der Mittelwert für die Einstellungen zum Zuzug von Migranten liegt für die Stichprobe recht nah am Mittelpunkt der zehnstufigen Ratingskala (6,38 Skaleneinheiten). Die Ausprägungen der Variable sind in etwa normalverteilt. Ebenfalls zeigt sich, dass innerhalb der Stichprobe nur rund 10,4% derjenigen, die 2013 die SPD gewählt haben, subjektive Angst vor dem Verlust ihrer Stelle empfinden.

Auffällig in der Strichprobe ist jedoch, dass der Großteil der Befragten (77,9%) prekär¹⁰ beschäftigt ist. Dies ließe sich darauf zurückführen, dass unter dieser Ausprägung sowohl alle nicht regulär Beschäftigten sowie freiwillig nicht Erwerbstätige und Rentner fallen. Das durchschnittliche Alter der Befragten liegt bei etwa 56 Jahren. Da der Gruppe der nicht prekär beschäftigten Befragten ebenfalls Rentner angehören, könnte dementsprechend der hohe Wert zustande kommen. Die niedrige Anzahl an nicht-prekär Beschäftigten (22,1%) könnte ebenfalls, wie bei der vorherigen abhängigen Variable, das Ergebnis der Überprüfung der Hypothese H3 beeinflussen bzw. die externe Validität der Resultate beeinträchtigen, da der Anteil von Personen in Normalarbeitsverhältnissen in der gesamten Bundesrepublik deutlich höher bei rund 62 Prozent liegt (Keller et al., 2012). Die zweite Kontrollvariable, das Geschlecht, ist annähernd normalverteilt. Männer sind in dieser Strichprobe mit 55,8% nur gering überrepräsentiert.

Im folgenden Schritt soll nun in Form von verschiedenen Kreuztabellen die gemeinsame Verteilung von abhängiger und unabhängiger Variable untersucht werden. Die bereits oben erwähnte, deutlich geringere Anzahl der Befragten, die bei der Wahl der AfD im Jahr 2017 mit ja gestimmt haben, zeigt sich ebenfalls deutlich innerhalb der Kreuztabellen (siehe Anhang). So weisen diese Zeilen jeweils geringere Werte auf als die der Nicht-AfD-Wähler.

Innerhalb der Zeilen der jeweiligen Kreuztabelle stehen dabei je die Ausprägungen der AfD-Wahl und in den Spalten dementsprechend die der unabhängigen Variablen. Zunächst lässt sich bei den Personen, die nicht die AfD gewählt haben, eine ähnliche Verteilung erkennen, wie in der gesamten Stichprobe. Die mittleren Kategorien der Variable „Zuzug einschränken“ weisen auch hier die höchsten Werte auf (vgl. Tabelle 4 im Anhang). Bei denjenigen, die 2017 die AfD gewählt haben, weist die Ausprägung „stimme voll zu“ mit 50% den höchsten Wert auf. Dies könnte auf einen positiven Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und Einstellung zum Zuzug hindeuten. Die Verteilung der Einstellungen zum Zuzug unter Wählern, die 2017 wieder die SPD gewählt haben, liegt größtenteils im nahe am Skalenmittelpunkt. Jedoch fällt auf, dass ebenfalls 50% derjenigen, die 2017 bei der SPD verblieben sind einer Einschränkung von Einwanderung zustimmen.

Ähnlich zu der vorherigen Variable, weist auch die unabhängige Variable zur subjektiven Angst vor Stellenverlust höhere Prozentwerte innerhalb der Zeile derjenigen Wähler auf, die 2017 bei der SPD verblieben sind (vgl. Tabelle 5 im Anhang). Deutlich wird anhand dieser Tabelle auch, dass rund 25% der Befragten innerhalb der Stichprobe, die subjektive Angst vor dem Stellenverlust empfinden, ebenfalls die AfD gewählt haben. Im Vergleich dazu, beträgt der prozentuale Anteil der Wähler der AfD, die keine Angst vor dem Stellenverlust empfinden nur rund 8,7%. Aufgrund der geringen Anzahl innerhalb dieser Spalte, ist die Feststellung

¹⁰ Diese Variable beschreibt in diesem Fall alle Nicht Voll- oder Teilzeiterwerbstätigen. Dazu zählen Erwerbsformen mit prekärem Potenzial oder Prekarität im Haushaltszusammenhang (Bartelheimer 2011). Dementsprechend fallen unter diese Kategorie sowohl Lohn-/Zeitarbeiter, als auch Frauen in Mutterschaft oder andere nicht erwerbstätige wie RentnerInnen.

eines Zusammenhangs nicht eindeutig, wird allerdings im Folgenden innerhalb einer logistischen Regression zu überprüfen sein. Bezüglich des Erwerbsstatus weisen die AfD-Wähler mit 10,0% einen gering niedrigeren Wert innerhalb der Gruppe der prekär Beschäftigten auf als bei den regulär bzw. nicht prekär Beschäftigten. Das könnte gegen einen Zusammenhang zwischen Prekarität und Wechselwahl zur AfD hindeuten, was wiederum konträr zu der formulierten Hypothese H3 stünde (vgl. Tabelle 6 im Anhang).

7.2 Hypothesentests

Die Resultate der logistischen Regression werden in Tabelle 2 zusammengefasst dargestellt. Aufgrund der geringen Anzahl an Befragten wird bei den Interpretationen auch ein Niveau für die Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent akzeptiert. Der erste Modellblock beschreibt die Einflüsse der unabhängigen Variablen auf die AfD-Wahl, während innerhalb des zweiten Modells die Kontrollvariablen hinzugezogen werden. Dabei zeigt sich zunächst ein positiver Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und der Auffassung, den Zuzug von Einwanderern einschränken zu wollen, der sich ebenfalls im zweiten Modell als signifikant erweist. Dadurch kann die Aufgestellte Hypothese H1 vorläufig angenommen werden. Für die subjektive Angst vor Stellenverlust zeigt sich ein positiver Einfluss auf die AfD-Wahl. Aufgrund hoher Irrtumswahrscheinlichkeit kann dieser positive, hypothesenkonforme Einfluss allerdings nur für diese Stichprobe festgestellt werden; für die Grundgesamtheit lässt sich kein signifikantes Ergebnis feststellen, so dass Hypothese H2 verworfen wird.

Tabelle 2: Einflüsse auf die AfD-Wahl; Logistische Regression (Odds Ratios)

	(1)	(2)
Zuzug von Ausländern einschränken	1,794 ** (0,21)	1,796** (0,21)
Subjektive Angst vor Stellenverlust	3,538 (1,07)	3,607 (1,15)
Erwerbsstatus	0,81 (0,98)	0,795 (1,03)
Alter	-	1,002 + (0,06)
Geschlecht	-	0,970 (0,90)
Konstante	-6,743	-6,839
Beobachtungen	8	8
Nagelkerke R ² (Prozent)	32,1%	32,2%

Quelle: Längsschnittpanel 2013/2017 (GLES); Regressionskoeffizienten; Standardfehler in Klammern; *p < 0,10, **p < 0,05; ***p < 0,01; ****p < 0,001

Für die Alternativhypothese H3 ist ein leicht negativer Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus bzw. Prekarität und Chance auf AfD-Wahl zu erkennen ist. Aufgrund der hohen hoher

Irrtumswahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass die Nullhypothese („kein Zusammenhang“) vorläufig die bessere Erklärung liefert, so dass Hypothese H3 verworfen wird.

Ähnliche Werte für alle der für die Hypothesentests interessierenden Koeffizienten erhält man im zweiten Modellblock. Das Geschlecht der Befragten hat innerhalb der Stichprobe einen negativen Einfluss auf die AfD-Wahl. Dies bedeutet, dass die Chance auf AfD-Wahl bei Männern in der Stichprobe leicht höher ist als bei Frauen. Allerdings kann dies nur für die Stichprobe festgestellt werden und ist nicht auf die Grundgesamtheit verallgemeinerbar ($p > 0,10$). Innerhalb bisheriger Forschungsarbeiten wurde allerdings diese Tendenz ebenfalls des Öfteren festgestellt (u.a. Hilmer et. al. 2017). Das Alter weist einen leicht positiven Zusammenhang auf, das bedeutet, dass bei höherem Alter die Chance auf einen Wechsel von der SPD zur AfD steigt. Dies widerspricht der These vom „neuen Arbeitermilieu“ das von Korte als junges Milieu deklariert wird, und sich vorwiegend aus SPD- und AfD-Wähler speist (Korte 2013: 113). Hinzuzufügen ist allerdings, dass dieses Ergebnis nicht auf die Grundgesamtheit verallgemeinerbar ist, aufgrund fehlender Signifikanz. Anhand Tabelle 2 lässt sich die „erklärte Varianz“ ablesen, die den Prozentwert der Varianz der AV angibt, der durch die unabhängigen Variablen erklärt wird. R^2 beträgt in diesem Fall 32,1% bzw. unter Hinzunahme der Kontrollvariablen 32,2%, was auf einen mäßigen Erklärungsbeitrag der unabhängigen Variablen hindeutet.

Im Folgenden sollen nun die zuvor aufgeführten empirischen Resultate zusammengefasst und in Hinblick auf die theoretischen Grundlagen diskutiert werden. Dabei sollen die Annahme bzw. die Ablehnung der Hypothesen auf ihre methodischen Einschränkungen, sowie theoretischen Perspektiven hin erläutert werden. Im Anschluss daran wird ein kurzer Ausblick über mögliche weitere Forschungsthemen erfolgen.

8. Diskussion und Ausblick

Innerhalb dieses Beitrages wurden mögliche sozialstrukturelle Gründe für ein wechselndes Wahlverhalten von der SPD zur rechtspopulistischen Partei AfD genannt und empirisch untersucht. Dazu wurden in Hinblick auf kulturelle und ökonomische Faktoren drei Hypothesen aufgestellt, deren Ergebnisse an dieser Stelle kurz zusammengefasst werden sollen.

Tabelle 3: Hypothesentests

Nr.	Hypothese	Resultat
H1	Wenn der Wähler die Auffassung teilt, man solle den Zuzug von Einwanderern einschränken, erhöht es die Chance auf eine Wechselwahl zur AfD.	Bestätigt
H2	Je eher der Wähler subjektive Arbeitsplatzunsicherheit in Form von Angst um den Stellenverlust empfindet, desto eher besteht die Chance auf einen Wechsel zur AfD.	Verworfen
H3	Ein prekäres Beschäftigungsverhältnis eines Wählers erhöht die Chance auf einen Wechsel zur AfD.	Verworfen

Als Kernergebnis des Beitrages bleibt festzustellen, dass kulturelle Gründe, wie Einstellungen zum Zuzug von Einwanderern, durchaus als relevanter Faktor für die Wählerwanderung von

SPD-Wähler zur AfD angesehen werden können. Die empirischen Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass kein Einfluss von Erwerbstatus und subjektiver Arbeitsunsicherheit auf den Wechsel zur AfD zu erkennen ist. Ein möglicher Grund dafür könnte zunächst die Auswahl der Variablen sein. Das Verwerfen der Hypothesen H2 und H3 könnten darauf hindeuten, dass ökonomische Motive in der hier operationalisierten keine Auswirkungen auf die Wechselwahl von SPD zur AfD haben. Der in diesem Beitrag dargelegte Forschungsstand beschreibt zwar durchaus einen Stellenwert ökonomischer Motive für die Wahl von rechtsextremen Parteien wie der AfD (Sommer 2010; Stuth et al. 2018; Kohlrausch 2018), die Relevanz von der Wechselwahl von ehemaligen SPD-Wähler kann damit allerdings anhand dieser Studie nicht belegt werden. Die geringe Stichprobengröße sowie die ungleiche Verteilung des Erwerbstatus innerhalb derjenigen, die 2017 bei der SPD verblieben sind, könnten allerdings dieses Ergebnis beeinflusst haben.

Innerhalb des vorliegenden Beitrages wurde durch die Hinzunahme der Downschen Handlungstheorie ein rationales Wählerverhalten vorausgesetzt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass nicht alle Aspekte des Wahlverhaltens allein durch ökonomische Ansätze erklärbar sind. Hierzu zählen etwa Parteibindungen oder Gruppenidentitäten. Die Bestätigung der Hypothese H1 unterstützt die These, kulturelle Faktoren könnten Anlass zur Wechselwahl geben, welche nicht zwingend rational begründet sein müssen. Das Verwerfen der Hypothesen H2 und H3 könnte darauf hindeuten, dass weitere Aspekte als rationale Abwägungen für Wählerverhalten eine Rolle spielen und die Wahl der AfD begünstigt hat. Es könnten daher für weitere Arbeiten von Interesse sein, den theoretischen Fokus über das Modell des rationalen Wählers hinaus auszuweiten. So geben zum Beispiel Lipset und Rokkan in ihrer Theorie zu bedenken, dass nicht nur rationale, sondern ebenfalls affektive Gruppenbindungen zu Wechselwahlverhalten führen können, die sich durch ein bestimmtes „We-Group“-Gefühl (Lipset/Rokkan 1967: 11). Unter Berücksichtigung des im Forschungsstand angesprochenen „Sündenbock-Mechanismus“ (Brinkmann et. al. 2006), könnten demnach kulturelle Gründe oder Überzeugungen zur Wechselwahl der AfD angeführt werden, die durch die 2015 aufgekommene Flüchtlingssituation noch einmal verstärkt wurden.

Innerhalb dieser Arbeit wurde lediglich der Parteienwechsel zwischen zwei Bundestagswahlen betrachtet. Um damit einhergehende methodische Schwierigkeiten infolge einer geringen Stichprobengröße zu vermeiden, wären Langzeituntersuchungen von Wählerwanderungen zwischen mehr als zwei Parteien sinnvoll. In der Betrachtung des Originaldatensatzes bezüglich der Wahl zur AfD wurde dabei besonders ein hoher Prozentwert des Wechsels von den Linken zur AfD erkennbar. So wanderten ca. 13,5% der Befragten, die 2013 die Linke gewählt haben, zur AfD. Ähnlichkeiten innerhalb der Wählerschaften dieser Parteien haben beispielsweise Hambauer und Mays in ihrer Studie festgestellt, die sich unter anderem auf ökonomische Ängste zurückführen lassen (Hambauer/Mays 2018: 150f). Die Wählerwanderung zwischen der Linken und der AfD sind auch dahingehend interessant, als dass sie im Parteienspektrum deutlich entfernt voneinander verortet sind. Dahingehend könnte ebenfalls,

beispielsweise in Hinblick auf aktuelle Ereignisse in Thüringen¹¹, die Unterscheidung von Ost- und Westdeutschland von Interesse sein.

Außerdem könnte für weitere Arbeiten die Betrachtung von Interaktionseffekten interessant sein. Besonders in Hinblick auf mögliche Interaktion zwischen ökonomischer Situation und Einstellungen zum Zuzug könnten, anknüpfend an oben genannte „Sündenbockthese“ (Brinkmann et. al. 2006) von Relevanz sein. Aufgrund des beschränkten Rahmens dieser Arbeit wurde davon allerdings abgesehen.

Sollte die verworfene Hypothese H3 nicht der Stichprobengröße geschuldet sein, böte die Betrachtung anderer sozialer Milieus Potenzial für die Untersuchung von Wechselwahl. Beispielsweise ist eine Betrachtung der Veränderungen des traditionellen oder hedonistischen Milieus dahingehend denkbar und könnte mögliche Erklärungsansätze der Wechselwahl zur AfD von der CDU/CSDU bzw. der Grünen bieten.

Ausgehend von der Untersuchung der Wechselwahl zwischen SPD und AfD lässt sich demnach eine Vielzahl von Forschungsperspektiven ableiten. Hinausgehend über den Ansatz dieser Arbeit, die Einflüsse zwischen zwei bestimmten Parteien zu untersuchen, liegt es nahe, den Wechselwahlen zwischen allen im Bundestag vertretenen Parteien und der AfD in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Bartelheimer, Peter (2011): Unsichere Erwerbsbeteiligung und Prekarität. WSI-Mitteilungen, 8: 386 – 393.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in die Moderne. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Best, Henning/Wolf, Christof (2012): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 64 (2): 377-395.
- Blossfeld, Hans/Klijzing, Eric/Millis, Melinda/Kurz, Karin (2005): Globalization, Uncertainty and Youth in Society, Routledge Chapman Hall Verlag, London.
- Blumenstiel, Jan Eric (2016): Wie sich Wähler beim Entscheiden unterscheiden. Wählerheterogenität bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009 Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung. Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/ Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), 32, Mannheim.
- Bornschieer, Simon (2009): Cleavage Politics in Old and New Democracies. In: Living Reviews in Democracy, 1: 1-13.

¹¹ In der Landtagswahl in Thüringen im Herbst des Jahres 2019 wurden die AfD nach der Linken die zweitstärkste Kraft. Die anschließende Wahl des Ministerpräsidenten Kimmerich durch u.a. Stimmen der AfD hatte im Frühjahr 2020 in Thüringen eine Regierungskrise ausgelöst.

- Brinkmann, Ulrich/ Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. In: Gesprächskreis Migration und Integration. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Dalton, Russell J. (1984): Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies. *Journal of Politics* 46 (1): 264–284
- Der Bundeswahlleiter, (2017): Endgültige Ergebnisse, Wiesbaden. In: <https://bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html>, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019.
- Deutscher Bundestag (2019): Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen. In: https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692, zuletzt abgerufen: 20.11.2019.
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 28 (1-2): 55-89.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. Harper & Row (Hrsg.), New York.
- Esser, Hartmut (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2005): *Handbuch Wahlforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (2012): *Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung*. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Gabriel, Oscar W. (2017): Die Erosion sozialer Milieus und der Wandel des Wählerverhaltens. In: *Soziale Milieus – Lebenswelten in Deutschland*, Rolf Frankenberg/Siegfried Frech (Hrsg.). Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts: 236 – 260.
- Geißler, Rainer (2017): Sozialstrukturanalyse – von Klassen und Schichten zu sozialen Milieus. In: *Soziale Milieus – Lebenswelten in Deutschland*, Rolf Frankenberg/Siegfried Frech (Hrsg.), Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts: 21 – 48.
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin (2003): Temporary Employment: Chance or Risk? *European Sociological Review*, 19 (2): 161 - 177.
- Hambauer, Verena/ Mays, Anja (2018): Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen anderer Parteien. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12 (1): 133 – 154.
- Haußner, Stefan (2017): Die AfD mobilisiert NichtwählerInnen Mediale Übertreibung oder begründete Vorahnung? *Forschungspapier*. In: regierungsforschung.de
- Hill, Seth J. (2017): Changing votes or changing voters? How candidates and election context swing voters and mobilize the base. In: *Electoral Studies*, 48: 131-148.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/ Gagné, Jérémie (2017): *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische*

- Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. In: Working Paper Forschungsförderung. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Infratest dimap (2017): Wählerwanderung* von und zu der SPD bei der Bundestagswahl am 24. September 2017. Zitiert nach de.statista.com: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/753464/umfrage/waehlerwanderung-von-und-zu-der-spd-bei-der-bundestagswahl/>, zuletzt aufgerufen am 07.10.2019.
- Institut für Arbeit und Qualifikation IAQ (2017): Erwerbstätige nach Arbeit und Beruf. Infografik, Duisburg-Essen: In: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV10.pdf, zuletzt aufgerufen 17.12.2019.
- Keller, Berndt/Schulz, Susanne/Seifert, Hartmut (2012): Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010. WSI Diskussionspapiere, Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf.
- Klein, Markus/Heckert, Fabian/Peper, Yannik (2018): Rechtspopulismus oder rechter Verdross? Eine empirische Analyse der Unterstützung der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70 (3): 391–417.
- Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. In: Working Paper Forschungsförderung, Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf: 1-25.
- Kopp, Johannes/Lois, Daniel (2014): Sozialwissenschaftliche Datenanalyse - Eine Einführung. 2. Auflage, Springer VS Verlag, Wiesbaden.
- Korte, Karl-Rudolf (2013): Zeitbilder. Wahlen in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung, bpb (Hrsg.), Bonn.
- Kreyenfeld, Michaela/Andersson, Gunnar/Pailhé, Ariane (2012): Economic Uncertainty and Family Dynamics in Europe. Introduction to Special Issue of Demographic Research. In: MPIDR Working Paper WP 2012-006. Max Planck Institut für demografische Forschung, Rostock: 1-24.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69 (2): 209 – 232.
- Lengfeld, Holger (2018): Der „Kleine Mann“ und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70 (2): 295–310.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. The Free Press, New York.
- Lohmann, Henning (2010): Nicht-Linearität und Nicht-Additivität in der multiplen Regression: Interaktionseffekte, Polynome und Splines. In: Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Christof Wolf/Henning Best (Hrsg.), VS Verlag, Wiesbaden: 677 – 706.

- Martin, Christian W. (2019): Electoral Participation and Right Wing Authoritarian Success – Evidence from the 2017 Federal Elections in Germany. In: Politische Vierteljahresschrift, 60 (2): 245 – 271.
- Pappi, Franz-Urban & Brandenburg, Jens 2010: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62 (3): 459-483.
- Pappi, Franz Urban (2015): Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976 [1977]. In: Historical Social Research, Supplement, 27: 81-121.
- Parsons, Talcott (1972): Das System moderner Gesellschaften. Grundfragen der Soziologie. Juventa-Verlag, München.
- Pickel, Susanne (2018): Neue Konflikte – neue gesellschaftliche Koalitionen? Die europäischen Wähler und ihre Parteien – Cleavages in West- und Osteuropa. In: Habilitationsschrift, Universität Duisburg-Essen.
- Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Blumenstiel, Jan Eric; Gärtner, Lea; Kratz, Agatha; Plischke, Thomas; Preißinger, Maria; Wiegand, Elena; Wuttke, Alexander (2018): Wiederholungsbefragte der Wahlkampf-Panels zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln: ZA6827 Datenfile Version 1.0.0.
- SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (Hrsg.) (2018): Informationen zu den Sinus-Milieus, Heidelberg: 2-25.
- Sommer, Bernd (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. VS Verlag, Wiesbaden.
- Spoon, Jae-Jae/ Klüver, Heike (2019): Party convergence and vote switching: Explaining mainstream party decline across Europe. European Journal of Political Research, 58 (4): 1021 – 1042.
- Stuth, Stefan/ Schels, Brigitte/Promberger, Markus/Jahn, Kerstin/Allmendiger, Jutta (2018): Prekarität in Deutschland?! In: Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (Hrsg.), Berlin: 1- 54.
- Thaidigsmann, Isabell (2004): Sozialstruktur und Wählerverhalten. Das Ende einer alten Beziehung? In: Arbeitspapier, Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin: 3-33.
- Weins, Cornelia (2010): Uni- und bivariate deskriptive Statistik. In: Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Christof Wolf/Henning Best (Hrsg.), VS Verlag, Wiesbaden: 65 – 89.
- Windzio, Michael (2013): Regressionsmodelle für Zustände und Ereignisse. Eine Einführung. In: Heinz Sahner/Reinhold Sackmann/Michael Bayer (Hrsg.), Springer VS Verlag, Wiesbaden.
- Wurthmann, Lukas Constantin/ Marshall, Stefan/ Triga, Vasiliki/ Manavopoulos, Vasilis (2020): Many losers, One winner? An examination of vote switching to the AfD in the 2017 German federal election using VAA data. Party Politics: 1 – 13.

Anhang

Tabelle 4: Absolute Häufigkeiten: Zuzug von Ausländern einschränken

Zuwanderung Einschränken	Stimme gar nicht zu (1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	Stimme voll zu (10)	Ge- samt
AfD- Wahl											
Nein	6 (100%)	7 (87,5%)	4 (100%)	9 (100%)	16 (100%)	12 (100%)	2 (66,7%)	7 (87,5%)	2 (66,7%)	4 (50,0%)	69 (89,6%)
Ja	0 (0,0%)	1 (12,5%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	0 (0,0%)	1 (33,3%)	1 (12,5%)	1 (33,3%)	4 (50,0%)	8 (10,4 %)
Ge- samt:	6 (100%)	8 (100%)	4 (100%)	9 (100%)	16 (100%)	12 (100%)	3 (100%)	8 (100%)	3 (100%)	8 (100%)	77 (100%)

Quelle: Längsschnittpanel 2013 und 2017 (GLES)

Tabelle 5: Absolute Häufigkeiten: Subjektive Angst vor Stellenverlust

Angst vor Stellenverlust	Nein	Ja	Gesamt
AfD-Wahl			
Nein	63 (91,3%)	6 (75,0%)	69 (89,6%)
Ja	6 (8,7%)	2 (25,0%)	8 (10,4%)
Gesamt	69 (100%)	8 (100%)	77 (100%)

Quelle: Längsschnittpanel 2013 und 2017 (GLES)

Tabelle 6: Absolute Häufigkeiten: Erwerbsstatus

Erwerbsstatus	Nicht prekär beschäftigt	Prekär beschäftigt	Gesamt
AfD - Wahl			
Nein	15 (88,2%)	54 (90,0%)	69 (89,6%)
Ja	2 (11,8%)	6 (10,0%)	8 (10,4%)
Gesamt	17 (100%)	60 (100%)	77 (100%)

Quelle: Längsschnittpanel 2013 und 2017 (GLES)